

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Klima & Energie	10
Konsum, Gesundheit & Verbraucherschutz	13
Landwirtschaft & Gentechnik	14
Naturschutz & Biodiversität	16
Tierschutz & Ethik	17
Umweltpolitik & Umweltrecht	17
Verkehr & Tourismus	20
Wasser & Meere	21
Wirtschaft & Ressourcen	24

VERBÄNDE



Thema: Naturfreundliche Schnitzeljagd	26
DNR intern	27
Aus den Verbänden	27
Ehrenamt	27
Preise & Ausschreibungen	28
Impressum	28

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung 29
Schwerpunkt: Degrowth

THEMEN DES MONATS

Neue Gentechnik

Alte Debatte in neuem Gewand

**Wer Änderungen am Gentechnikrecht fordert, stellt auch
Vorsorgeprinzip und Wahlfreiheit infrage**

Seite 2

Umweltrecht

Umweltfolgenbericht – Fehlanzeige

**Bessere Rechtsetzung durch mehr Transparenz
der Gesetzesfolgen**

Seite 4

Degrowth-Konferenz

Dialog in turbulenten Zeiten

**Nur Umverteilung von Vermögen und von Erwerbs- und
Sorgearbeit bringt echten gesellschaftlichen Wandel**

Seite 6

Interview: Sabine Schlacke über zeit-gerechte Klimapolitik

„Alle Beteiligten mit ins Boot holen“

**Um den Klimawandel aufzuhalten, muss fair und rasch
gehandelt werden**

Seite 19

Neue Gentechnik

Alte Debatte in neuem Gewand

Wer Änderungen am Gentechnikrecht fordert, stellt auch Vorsorgeprinzip und Wahlfreiheit infrage

Am 25. Juli hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass mit neuen gentechnischen Verfahren wie CRISPR/Cas erzeugte Pflanzen und Tiere ohne Ausnahme unter das EU-Gentechnikrecht fallen. Mit dem Urteil geht ein alter Streit in die nächste Runde. Ausgetragen werden kann er nur nach den Regeln der Demokratie. ■ VON ILKA DEGE, DNR

Es war ein überraschendes Urteil. Für alle. Was Gentechnik-Kritiker kaum noch zu hoffen wagten, hatte Befürworter hingegen kalt erwischt. Wie sehr sich führende Leitmedien deren Position allerdings zu eigen gemacht haben, überraschte nicht weniger: „Abschied von den Fakten“, titelte der Spiegel, „Die Angst vor der Gentechnik hat gewonnen“ die Süddeutsche, der Tagesspiegel „Die pauschale Verteufelung der Gentechnik hat gesiegt“ und der Fokus gar „Urteil von Europa-Richtern über Genschere ist eine linkspopulistische Zumutung“.

Der EuGH spricht Recht, er macht es nicht

Was war da los? Hat der EuGH tatsächlich Recht zugunsten von Kritikern interpretiert? Die deutliche Antwort lautet: Nein. Die Richterinnen und Richter des Europäischen Gerichtshofs haben getan, wozu ihr Amt sie verpflichtet: Sie haben eine Bewertung über die in Europa geltende Rechtslage abgegeben. Sie urteilten, dass durch neue Gentechnikverfahren wie CRISPR/Cas veränderte Pflanzen und Tiere unter das geltende europäische Gentechnikrecht fallen, egal, ob „nur“ eigenes verändert oder fremdes Erbgut eingefügt wurde. Nicht weniger, aber auch nicht mehr. Der EuGH spricht Recht, er macht es nicht. Das verbietet in einem Rechtsstaat das Prinzip der Gewaltenteilung. Gesetze zu ändern ist Sache von Parlamenten.

Wenn Rechtsstaat auf Rechtsempfinden trifft

Was also läuft im Demokratieverständnis schief, dass Urteile des höchsten Europäischen Gerichts als Eselei, Fehlerurteil

oder populistische Zumutung bezeichnet werden? Weil die Richter mit ihrem Urteil eine Rechtslücke geschlossen haben, die andere als Schlupfloch nutzen wollten? Und warum stellen gerade Journalisten die Gewaltenteilung infrage? Und wessen Rechtsempfinden stellt das Urteil eigentlich infrage? Das der breiten Bevölkerung ganz sicher nicht. Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) stellt in der im Juli veröffentlichten Naturbewusstseinsstudie deutlich fest: Nahezu unverändert sprechen sich seit vielen Jahren 79 Prozent der Befragten für ein Verbot von Gentechnik in der Landwirtschaft aus. Laut der Studie sind sogar 93 Prozent der Meinung, dass mögliche Auswirkungen auf die Natur immer untersucht werden sollten, wenn Pflanzen gezielt gentechnisch verändert werden, und wünschen sich sogar eine umfassendere Kennzeichnung als bisher.

Das Urteil verbietet keine Gentechnik, sondern diese unterzujubeln

Wenn das Urteil also eins gezeigt hat, dann, wie gut das bestehende Recht den Wünschen und Erwartungen der Bevölkerung entspricht. Denn die Richterinnen begründeten ihr Urteil ausdrücklich damit, dass „der Schutz der menschlichen Gesundheit eine gebührende Kontrolle der Risiken infolge einer solchen Freisetzung erfordert“ und der Grundsatz der Vorsorge ausdrücklicher Zweck der Richtlinie sei. Neue gentechnische Verfahren aus der Richtlinie auszunehmen, würde den Willen des Gesetzgebers nicht nur bezüglich der Richtlinie unterlaufen, sondern das übergeordnete europäische Vorsorgeprinzip. Dass andere europäische Gesetze diese Vorsorgepflicht nicht ausreichend gewährleisten können,

hatte der Umweltrechtler Tade Matthias Spanger in einem Gutachten für das BfN bereits belegt.

Diese Regelungslücke haben die Straßburger Richter geschlossen. Ein Verbot neuer Gentechnik ist das nicht. Im Gegenteil schafft das Urteil erst Rechtssicherheit über die Regeln, nach denen diese Produkte erzeugt, angebaut und auf den Markt gebracht werden können. Dazu gehört, dass diese Produkte gekennzeichnet werden müssen und Verbrauchern und Landwirten nicht einfach untergejubelt werden können. Wer darin ein faktisches Verbot sieht beziehungsweise die fehlende Akzeptanz fürchtet, sollte sein Geschäftsmodell hinterfragen und nicht rechtsstaatliche Entscheidungen.

Das neue Narrativ: Wie die Natur, nur schneller, besser, billiger und ohne Risiko

Zumindest eine Auseinandersetzung scheint mit dem Urteil vorerst beendet: Die neuen Genom-Editing-Verfahren sind Gentechnik und heißen auch so. Jahrelang wurde versucht, das mit Begrifflichkeiten wie „Neue Züchtungsmethoden“ oder „Molekularbiologische Techniken“ zu verhindern, um Akzeptanzproblemen und einer Regulierung als Gentechnik zuvorzukommen. Begründet wird das damit, dass Gentechnik nur im Prozess zur Anwendung käme, im erzeugten Organismus aber nicht mehr vorhanden und nachweisbar sei. Damit gäbe es keinen Unterschied zu herkömmlichen Züchtungsprodukten oder der Auslese, die die Natur selber hält – und damit keine Veranlassung zu einer gesonderten Regulierung.

Eine Behauptung, die sich nach heutigem Stand der Wissenschaft nicht auf-

rechterhalten lässt. Der Einsatz von Methoden wie CRISPR/Cas hinterlässt nachweisbare Spuren. Und nicht nur das. Die Genom-Editing-Verfahren verändern das Erbgut so umfassend und vollständig, dass die erzeugten Organismen ihre natürlichen Kontroll- und Reparaturmechanismen verlieren. Hinzu kommen ungewollte Veränderungen, die erst nach Jahren auftreten können. Auf dieses Risiko hat der EuGH in seinem Urteil ausdrücklich Bezug genommen und auf die Notwendigkeit einer eingehenden Überwachung verwiesen.

Genau das lehnen die Hersteller allerdings ab. Die Technik sei sicher, darüber bestehe wissenschaftlicher Konsens. Wer das infrage stelle, solle das Gegenteil beweisen. Warum? Seit wann ist es Sache der Gesellschaft, Beweise gegen Behauptungen zu liefern? Und wie sollen Risiken für unsere Umwelt und menschliche Gesundheit überhaupt erkannt werden, wenn sie nicht gründlich geprüft und überwacht werden? Und warum sollte ausgerechnet für die Grüne Gentechnik nicht gelten, was für die Weiße und Rote Gentechnik so selbstverständlich wie unstrittig ist? Werden gentechnisch veränderte Organismen einmal in die Natur entlassen, ist das eine unumkehrbare Entwicklung, die ungleich schneller und weitreichender stattfindet als unter den steuerbaren Bedingungen geschlossener Systeme und der Humantherapie. Hält die Technik, was sie an Risikofreiheit verspricht, brauchen die Hersteller die Auflagen einer Überwachung nicht zu fürchten. Ebenso wenig wie die höheren Zulassungskosten, denn liefern die neuen Sorten und Rassen die versprochenen Eigenschaften, sollten sich diese Kosten problemlos wiedereinspielen lassen.

Ablehnung aus Luxusgründen?

Fraglich bleibt allerdings, warum man diesen Versprechen Glauben schenken sollte. Dem Klimawandel trotzend, den Pestizideinsatz reduzierende und den Welthunger stillende Sorten hatte bereits die alte Gentechnik vor mehr als zwanzig Jahren versprochen. Sie sind bis heute nicht eingelöst. Worauf soll das Vertrauen grün-

den, dass die neue Gentechnik genau das jetzt liefern werde? Auf das Eingeständnis, dass die klassische Gentechnik versagt hat?

Unbeirrt davon erklärte Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner Anfang September, dass die neuen Technologien landwirtschaftliche Probleme lösen könnten, weshalb sie gegen Einschränkungen derselben vorgehen werde. „Wir müssen achtgeben, dass wir nicht aus Luxuspositionen des Überflusses heraus in Europa eine neue Technologie vor die Tür setzen.“ Sind der Schutz der biologischen Vielfalt sowie das Recht von Verbraucherinnen und Landwirtinnen, Gentechnik ablehnen zu können, überflüssiger Luxus? Und wer setzt hier eine Technik vor die Tür?

Die nächste Runde eines alten Streites ist also längst eröffnet. Erstaunlich daran ist, in welcher Geschwindigkeit, von welcher Ebene und mit welchen Argumenten Rechtsurteile infrage gestellt und die Forderung nach Gesetzesänderungen erhoben werden. Richtig ist: Was Recht ist, muss nicht immer Recht bleiben. Demokratie lebt davon, dass Recht immer wieder neu verhandelt werden muss. Das geht aber nur mit Respekt vor rechtsstaatlichen Entscheidungen sowie unter Berücksichtigung aller gesellschaftlicher Interessen. Im Koalitionsvertrag hat sich die Bundesregierung übrigens zu Regeln verpflichtet, „die das Vorsorgeprinzip und die Wahlfreiheit gewährleisten“. Ein Versprechen, an das sich auch die zuständige Ministerin ohne Wenn und Aber gebunden fühlen sollte.

Links

- ▶ Naturbewusstseinsstudie des BfN: www.bmu.de/publikation/naturbewusstsein-2017/
- ▶ Urteil des EuGH: www.curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-07/cp180111de.pdf

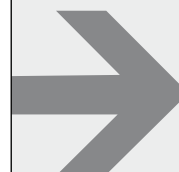
Ilka Dege ist Koordinatorin für Agrar-, Natur- und Tier-schutzpolitik beim DNR.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 781775-917,
E-Mail: ilka.dege@dnr.de,
www.dnr.de



Nachhaltigkeit

A-Z



A wie Alternative

Spätestens seit dem Durchbruch der exakten Wissenschaften verbreitet sich die moderne Technik weltweit und mittlerweile nahezu lückenlos. Sie bildet eine »Technosphäre«, und die Menschheit wird immer abhängiger von ihr. Raúl Claro schildert, wie dies unsere Zukunft gefährdet. Und er skizziert auch eine Alternative: die Anthroposphäre – eine menschliche, von den Zwängen der Konkurrenz und des Wachstumsstrebens befreite Welt.

R. Claro

Die Technosphäre Ein Essay

264 Seiten, broschiert, 25,- Euro,
ISBN 978-3-96238-061-8

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de. Auch als E-Book erhältlich.

Die guten Seiten der Zukunft

THEMA

Naturfreundliche Schnitzeljagd

Schatzsuche in der Natur – dagegen kommt nicht mal das neueste Computerspiel an. Beim naturfreundlichen Geocaching streifen Kinder und Jugendliche begeistert durch die Natur – und die Erwachsenen nicht minder. Damit die Schatzsucher keine bleibenden Spuren in der Natur hinterlassen, haben auch die NaturFreunde Richtlinien zur Orientierung verfasst. ■ VON WOLFGANG BEINER, NATURFREUNDE BRANDENBURG

■ Geocaching ist die moderne Form der Schatzsuche oder Schnitzeljagd. Ausgestattet mit einem Global Positioning System (GPS)-Empfänger und den Koordinaten eines sogenannten Caches (auf Deutsch: Versteck; „Geheimes Lager“, Behälter mit Utensilien) aus dem Internet kann man die „Schätze“ finden, die jemand anders an ungewöhnlichen Plätzen versteckt hat. Der Owner (Besitzer) hat den Cache zuvor gelegt und anschließend die Koordinaten auf Webseiten wie „geocaching.de“ oder „geocaching.com“ hochgeladen und somit den Cache zur Suche freigegeben. Findet der Cacher das Versteck, vermerkt er das Datum im Logbuch, welches im Cachebehälter liegt, und auf der Website.

Das Geocaching erfreut sich wachsender Beliebtheit. Insbesondere in Natur und Landschaft steht das Geocaching jedoch häufig in der Kritik. Zu Recht, wenn Caches in Lebensräumen wie Baum- und Erdhöhlen und Felsnischen, fernab von Wegen oder in aufgelassenen Gebäuden oder Steinbrüchen versteckt werden. Je abgelegener der Ort, je schwieriger zu erreichen, desto spannender die Suche – mit entsprechenden Folgen für geschützte Arten. So wurden etwa in Hessen bei 66 von 229 Uhu-Brutplätzen Geocaches in direkter Umgebung oder sogar am Brutplatz selbst gefunden.

Zwar gibt es ein paar spärliche Hinweise zum Schutz der Natur auf den großen Geocaching-Internetportalen. Die jedoch sind so teils genauso gut versteckt wie so mancher Cache, und dem Nutzer keine wirkliche Hilfe.

Die Brandenburger NaturFreunde haben das Thema schon früh aufgegriffen. Das Ziel war, Kindern und Jugendlichen, insbesondere auch solchen, die eher technikaffin sind, auf diese Weise die Natur näherzubringen.

So wird seit fast zehn Jahren, mit Unterstützung des brandenburgischen Umweltministeriums, naturfreundliches Geocaching durchgeführt, oft in Verbindung mit den NaturaTrails der NaturFreunde Brandenburg. Ein erster Artikel der Brandenburger NaturFreunde erschien dazu bereits 2009 in der NaturFreundin, der bundesweiten Mitgliederzeitschrift.

Schnell wurde deutlich, dass das „konventionelle“ Geocaching oben beschriebene Störungen mit sich bringt. Daraufhin wurde zunächst ein kleiner Leitfaden zum naturfreundlichen Verstecken von Geocaches erstellt.

Auch dies erwies sich nicht als ausreichend. Zwar können diejenigen, die den Cache versteckt haben (sogenannte Cache-Owner) damit schon gleich zu Anfang viele Störungen durch die Ortswahl vermeiden, haben aber letztendlich wenig Einfluss auf die Besuchshäufigkeit, das Verhalten der Schatzsucherinnen und -sucher in der Natur oder die Art der Fortbewegung zum Cache. Nicht von ungefähr gibt es im Internet den Rat, bei der Geocachingjagd wenigstens den Pkw zu Hause stehen zu lassen. In der Folge entschieden sich die NaturFreunde, keine Dauercaches anzulegen, die im Internetportal für die Allgemeinheit zugänglich sind.

Naturfreundliches Geocaching auf den Brandenburger NaturaTrails

Stattdessen wurden geführte Touren für Gruppen entwickelt, bei denen die Caches zuvor versteckt und nach der Durchführung wieder eingesammelt werden. Die Brandenburger NaturaTrails, in Natura-2000-Gebieten gelegen, bieten sich für naturkundliche Geocachingtouren besonders gut an. Gibt es doch für jeden NaturaTrail ein Falblatt mit Informationen zu Landschaft, Naturausrüstung und besonderen Naturschätzen auf der

Strecke. Zudem steht am Beginn der meisten NaturaTrails eine große Infotafel mit ähnlichen Inhalten – gute Grundlagen für naturkundliche Rätsel, die mithilfe der Beschreibungen gelöst werden können. So vermitteln die NaturFreunde spielerisch und spannend naturkundliches Wissen und erklären die Notwendigkeit von Naturschutz und Naturschutzmaßnahmen. Und natürlich gilt es, am Schluss den „Schatz“ zu finden.

Mit dem Umweltbildungsangebot spricht der Verband Gruppen, Familien, Kinder- und Jugendliche, Großeltern und Enkel und letztendlich alle an, die sich gern in der Natur und Landschaft aufhalten. Mit personeller Verstärkung der NaturFreundeJugend ist geplant, dieses Angebot in Zukunft noch deutlich auszubauen.

Naturverträgliches Geocaching im Überblick

- ▶ Spielerische Natur- und Umweltbildung
- ▶ Striktes Einhalten und die Vermittlung der Gebote für den Aufenthalt in Natur, Wald und Landschaft
- ▶ Geführte Touren
- ▶ Keine Dauercaches, alles wird aus Natur und Landschaft wieder mitgenommen
- ▶ Die NaturFreundetouren stehen allen Interessierten offen
- ▶ Auf NaturFreundetouren sind alle Teilnehmer unfallversichert

Der Beitrag ist im September – in etwas abgewandelter Form – im „Sandlatscher“, dem brandenburgischen NaturFreunde-Blatt erschienen.

- ▶ NaturFreunde Brandenburg, Potsdam, Geschäftsführer Wolfgang Beiner, E-Mail: mail@naturfreunde-brandenburg.de, www.naturfreunde-brandenburg.de, www.naturfreundebrandenburg.de/naturfreunde-projekte/naturfreunde-geocaching

DNR INTERN

Position

Keine Bärenhaltung in Bernburg

■ Sieben Umweltverbände haben Ende August in einem offenen Brief an den Bürgermeister von Bernburg (Sachsen-Anhalt) Henry Schütze sowie die StadträtInnen appelliert, von jeglicher Haltung und Zurschaustellung von Bären im Schlosszwinger Abstand zu nehmen. Der Deutsche Naturschutzing, der Bund gegen Missbrauch der Tiere (bmt), der Bundesverband Tiererschutz, der Deutsche Tierschutzbund, Pro Wildlife, Vier Pfoten und das Vogelschutz-Komitee baten den Bürgermeister, eine anachronistische und den Anforderungen an artgerechte Tierhaltung nicht entsprechende Haltung von Bären jeder Art nicht weiterzuführen. Eine derartige Zurschaustellung würde BesucherInnen ein völlig falsches Bild vom Umgang mit Tieren vermitteln. Die Haltung in einem Zwinger nehme den Bären jede Möglichkeit, ihrem arteigenem Verhalten zu folgen. [red]

► Offener Brief zur Bärenhaltung:
www.kurzlink.de/dnr-baeren-08.2018

AUS DEN VERBÄNDEN

Jubiläum

Über ein Jahrhundert Einsatz für See- und Küstenvögel

■ Dieses Jahr ist der Verein Jordsand 111 Jahre alt geworden. Das Programm zur Feier des Jubiläums wird bis 2019 fortgesetzt. Die Schutzgebietsreferenten haben dafür eine breite Palette ganz besonderer Veranstaltungen zusammengestellt, die alle kostenlos und größtenteils ohne Anmeldung sind. Es ist eine einmalige Gelegenheit ansonsten nicht zugängliche Schutzgebiete zu besuchen, darunter etwa die Halligen Habel und Norderoog.

Außerdem können Interessierte die Vogelwarte von Jordsand bei der Arbeit begleiten und Vögel sowie Meeressäuger hautnah während der Exkursionen beobachten. In Vorträgen erfährt das interessierte Publikum etwas über die Geschichte des Vereins und lernt die Gesichter hinter dem erfolgreichen Naturschutz kennen.

Jordsand wurde 1907 als „Verein zur Begründung von Vogelfreistätten an deutschen Küsten“ (Bezeichnung bis 1966) in Hamburg gegründet. Seit über 100 Jahren engagieren sich die Mitglieder für den

See- und Küstenvogelschutz sowie für den Naturschutz an der Nord- und Ostseeküste und im Großraum Hamburg. Der Name bezieht sich auf das erste Schutzgebiet des Vereins, die Hallig Jordsand zwischen der Nordspitze Sylts und dem Festland, die seit 1920 zu Dänemark gehört. [mbu]

► Veranstaltungstermine 2018/2019 für das Jubiläum: www.jordsand.de/111-jahre-jordsand

EHRENAMT

Europäisches Solidaritätskorps

EU-Fördergelder beantragen

■ Freiwilliges Engagement und praktizierte Europäische Bürgerschaft junger Menschen – das sind die Grundpfeiler für das Förderprogramm Europäischer Solidaritätskorps (ESK). Die EU-Kommission hat dazu aufgerufen, Projektideen einzureichen. Dies können Organisationen tun, aber auch individuelle Gruppen von jungen Freiwilligen. Für die ausgewählten Projekte stehen insgesamt 44 Millionen Euro aus dem EU-Haushalt zur Verfügung.

Ausdrücklich können auch Naturschutzprojekte wie der Schutz gefährdeter

Nachhaltigkeit

A-Z



Z wie Zukunftsfähigkeit

Welche Möglichkeiten gibt es, die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften zu steigern? Helfen können erstens Lernprozesse im Verhältnis von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik – helfen können zweitens soziale Innovationen und drittens künstlerische sowie psychologische Verfahren, die neue Möglichkeiten der Entscheidungsfindung und Zusammenarbeit erschließen.

A. Metzner-Szigeth (Hrsg.)
Zukunftsfähige Entwicklung und generative Organisationskulturen
Wie wir Systeme anders wahrnehmen und Veränderung gestalten können
256 Seiten, broschiert, 30,- Euro, ISBN 978-3-96006-016-1

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft



Arten eingereicht werden. Neben längeren individuellen Freiwilligentätigkeiten, Praktika und beruflichen Tätigkeiten im Solidaritätsbereich sind zahlreiche weitere Projekte förderfähig.

Die Frist zur Einreichung von Anträgen endet am 16. Oktober 2018 – außer für Projekte von Freiwilligenteams. Deren Anträge müssen bis zum 18. Januar 2019 vorliegen. Wer Unterstützung braucht, kann sich an die nationalen Agenturen wenden. [jg]

- ▶ Nationale Agenturen:
www.ec.europa.eu/youth/sites/youth/files/library/documents/esc-na-2018.pdf
- ▶ www.solidaritaetskorp.de

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

B.A.U.M.-Umweltpreis

Nachhaltigkeit braucht Vorbilder

■ Ende September ist während der Jahrestagung des Bundesdeutschen Arbeitskreises für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.) in Darmstadt zum 25. Mal der Umweltpreis des Vereins verliehen worden.

Dieses Jahr zeichnete das Netzwerk für nachhaltiges Wirtschaften wieder zahlreiche Menschen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Medien aus, die durch ihr Engagement Nachhaltigkeit in Unternehmen und der Gesellschaft voranbringen.

So erhielt den Preis in der Kategorie Wissenschaft der langjährige Mahner für mehr Klimaschutz und Experte für Ozeane und den Klimawandel vom GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung in Kiel Mojib Latif.

Weitere Informationen zu den B.A.U.M.-Preisträgerinnen und -Preisträgern sowie zur Jahrestagung finden Sie in den unten stehenden Links. [mbu]

- ▶ www.baumev.de/preistraeger
- ▶ www.baumev.de/jahrestagung

Deutscher Engagementpreis

Online-Abstimmung über Publikumspreis

■ Bis zum 22. Oktober können Bürgerinnen und Bürger sich an der Abstimmung über den Publikumspreis des Deutschen Engagementpreises beteiligen und ihre Favoriten wählen. 554 engagierte Personen und Initiativen haben die Chance, die bundesweit renommierte und mit 10.000 Euro dotierte Auszeichnung zu erhalten. Die ersten 50 Plätze der Abstimmung gewinnen außerdem die Teilnahme an einem Weiterbildungsseminar zu Themen der Öffentlichkeitsarbeit und gutem Projektmanagement.

Bundesfamilienministerin Franziska Giffey, deren Ministerium den Deutschen Engagementpreis gemeinsam mit der Deutschen Fernsehlotterie und der Deutsche Bahn Stiftung fördert, ruft ebenfalls zum Danke-Klicken auf: „Alle diese vorbildlichen Beispiele stehen stellvertretend für die über 30 Millionen Menschen in Deutschland, die sich für ein gutes Miteinander in unserer Gesellschaft einsetzen. Deshalb unterstützen Sie mit Ihrer Stimme Ihr Lieblingsprojekt. Zeigen Sie den Engagierten Ihre Wertschätzung und stimmen Sie ab.“

Aus jedem Bundesland gibt es mehrere nominierte Initiativen und Personen. Die Nominierten sind in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen aktiv: Besonders viele finden sich in den Themenfeldern Soziales, Bildung und Integration. Die wichtigste Zielgruppe des Engagements sind Kinder und Jugendliche mit über 66 Prozent der Nennungen. Auch das Engagement für Geflüchtete ist weiterhin hoch.

Neben dem Votum der Bürgerinnen und Bürger über den mit 10.000 Euro dotierten Publikumspreis entscheidet eine Fachjury über die Preisträgerinnen und Preisträger in fünf weiteren Kategorien. Bekannt gegeben werden alle Gewinnerinnen und Gewinner bei einer festlichen Preisverleihung am 5. Dezember in Berlin. [mbu]

- ▶ Online-Abstimmung:
www.deutscher-engagementpreis.de/publikumspreis

Impressum

umwelt aktuell Oktober 2018

ISSN (Print) 1865-3901

ISSN (Online) 2510-6767

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hnh] (gesamtverantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.), **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Juliane Grüning [jg], Katrin Meyer [km], Lavinia Roveran [lr], Ann Wehmeyer [aw]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Konstantin Hartwig [kh], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 29

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177581, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg.

Fotos: Titel © DLR, S.15 © WWU. **Grafik/DTP:** Marion Busch, Juliane Grüning. **Druck:** Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, D-93051 Regensburg. Gedruckt auf 100% FSC-Recyclingpapier, Circoffset Premium White, von Arjowiggins/Igepa group, zertifiziert mit dem Blauen Engel (RAL-UZ 14).

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos:
 Verlegerdienst München, Aboservice oekom Verlag, D-82205 Gilching, Tel. +49 (0)8105 / 88563, E-Mail: oekom-abo@verlegerdienst.de

Anzeigen: oekom verlag, Mona Fricke, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

